

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurern, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibenspiserien und Glaserien, für Gipser, Putzer, Stukkateure, Asphaltateure, Plolierer, Fliesenleger, Ofenfeher, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends  
Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld)  
Bestellungen nur durch die Post  
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom  
**Deutschen Baugewerksbund**  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehnpfeilene Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Abchlüssen Rabatt.  
ber nur als Kaszarabatt gilt.  
Arbeitsmarkt die dreizehnpfeilene Kleinzeile 3 M.,  
Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 S.

### Gegen die Wirtschaftsreaktion!

Die deutschen Arbeiter und Angestellten sollen alle aus dem verlorengegangenen Weltkrieg entstandenen wirtschaftlichen Lasten tragen. Das ist der Wille des deutschen organisierten Unternehmertums. Und da es jetzt glaubt, die seinen Wünschen und Forderungen zugängliche Reichsregierung vor sich zu haben, hat es dieser im Mai eine „Denkschrift“ überreicht, worin die „Not der deutschen Wirtschaft“ verklärt und neben andern auch der Abbau der Löhne gefordert wird. Wegen diese geradezu göttliche Unverfrorenheit, die das Unternehmertum ankündigt, mit allen Mitteln durchsetzen zu wollen, hat der Ausschuß des DGB, am 12. Juni durch die nachstehende Kundgebung protestiert:

„Die am 12. Mai von der „Verenigung Deutscher Arbeitgeberverbände“ an die Reichsregierung gerichtete neuerliche Denkschrift über Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftskrisis und Währung veranlaßt den Ausschuß des DGB, gegen die völlig falsche und irreführende Darstellung über die Grundlagen der deutschen Wirtschaft und die Auswirkungen der von den Gewerkschaften vertretenen Lohn- und Arbeitszeitpolitik ernsteste Verwahrung einzulegen. Die Unternehmer haben wiederholt in Denkschriften an die Regierung und in der Öffentlichkeit den von ihnen mit allen Machtmitteln verfolgten Standpunkt, durch Tiefhalten der Löhne, verbunden mit noch weiterer Drosselung des Konsums der Massen und durch unerträgliche Verlängerung der Arbeitszeit die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft zu überwinden, zu rechtfertigen versucht. Die Gewerkschaften haben demgegenüber stets den von den Unternehmern geforderten Weg als durchaus falsch, als unerträglich für die deutschen Arbeitnehmer und auch als für die deutsche Wirtschaft verhängnisvoll abgelehnt und bekämpft. Sie werden dies auch weiter tun.

Deutschland krankt nicht an einer für seine Wirtschaft gefährlichen Entwicklung der Löhne und Arbeitszeit der Arbeitnehmer, sondern an dem Streben der Unternehmer, sich selbst möglichst jedem persönlichen Opfer zu entziehen und einseitig den Arbeitnehmern die Last des Wiederaufbaues der durch den Weltkrieg und seine Folgewirkungen zerstörten deutschen Wirtschaft aufzuliegen.

Der Nealltag der breiten Schichten der deutschen Arbeitnehmer ist noch immer sehr viel geringer als in der Vorkriegszeit. Ueber diese Tatsache kann der etwas höher liegende Lohn einiger weniger für die Gesamtvielfzahl der fast nach unbedeutender Gruppen von Sacharbeitern nicht hinwegtäuschen. Die Löhne in den außerdeutschen Ländern liegen teils ganz beträchtlich über den deutschen Löhnen, und selbst wo sie nominell den deutschen Löhnen gleich sind, zeigen sie im Gegensatz zu Deutschland im Vergleich zur Vorkriegszeit eine wesentliche Erhöhung, so daß die deutsche Industrie im Wettbewerb mit diesen Ländern von der Lohnseite her heute mindestens nicht ungünstiger als früher gestellt ist.

Die direkten Soziallasten sind, gemessen an der allgemeinen Selbstwertung, nicht über die Belastung in der Vorkriegszeit hinausgewachsen. Soweit durch Entlastungsmaßnahmen und dergleichen früher eine indirekte Soziallast entstanden, ist solche längst mit den Demobilisierungsbestimmungen verschwunden. Der Unternehmer ist daher in der Lage, freigelegte Mittel für sich als Arbeits- und Betriebsführung durchzuführen. Das Ausland, das bis zum Kriege auf sozialpolitischem Gebiet hinter Deutschland zurückblieb, war ebenfalls soziale Einrichtungen zu schaffen, deren Kosten sogar in einigen Ländern beträchtlich über die Aufwendungen der deutschen Wirtschaft hinausgehen.

Die Behauptung, daß Produktion und Güternutzen heute nur 70 % des Vorkriegsstandes betragen, während die Kosten der einzelnen Arbeitskraft 60 bis 100 % über dem Vorkriegsstand liegen, ist unfundiert und berechtigt. Weder ist die behauptete Kostensteigerung beweisbar — Lohn-

höhe und Soziallast beweisen sogar das Gegenteil —, noch kann die Vereinigung der Arbeitgeberverbände irgendeinen Beweis erbringen, daß die Produktivität auf 70 % gesunken sei. Die Arbeitsintensität ist allgemein gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich gestiegen. Stärkere Anspannung des einzelnen Arbeiters hat den Ausfall an Arbeitszeit mindestens ausgeglichen, wenn nicht überholt. Aber auch hinsichtlich der Arbeitszeit ist Deutschland im Wettbewerb nicht ungünstiger gestellt, weil auch das Ausland, meist in sehr viel stärkerem Ausmaße als Deutschland, die Arbeitszeit verkürzt.

Wenn trotzdem die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft bedroht ist, so liegt die Ursache in der volkswirtschaftlich einseitigen Stellungnahme vieler Unternehmerkreise, die noch wie vor kämpfhaft bemüht sind, in Gewerbe, Handel und Bankwesen die

Des Menschen Charakter wird ohne irgendwelche Ausnahme stets für ihn geschaffen, das heißt, er kann und wird ihn hauptsächlich von seinen Vorfahren empfangen, die ihm seine Ideen und Gewohnheiten, die Faktoren, die seine Ausführung bestimmen, als Anlage und durch Erziehung geben werden. Der Mensch hat niemals seinen Charakter selbst geformt und wird ihn unmöglich jemals selbst formen können. Robert Owen.

fallulatoisch ungesunden Grundlagen der deutschen Wirtschaft aufrechtzuerhalten, und sich wehren, endlich die nötigen Voraussetzungen für den notwendigen Preisabbau zu vollziehen. Der DGB hat — bisher leider vergeblich — immer wieder auf die allein von Industrie, Handel und Banken zu schaffenden Voraussetzungen für eine endliche Gesundung hingewiesen.

Die Gewerkschaften sind bereit, alle Schritte zur Steigerung der Produktivität zu unterstützen, aber sie wehren sich dagegen, daß diese Steigerung auf Kosten von Lohn und Arbeitszeit geschieht.

Die Arbeitgeber sind, wie die Denkschrift und die überall im Reich beobachteten Maßnahmen beweisen, zum Generalangriff auf die Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiter gewillt. In dieser ersten Stunde erhebt der Bundesausschuß des DGB seine warnende Stimme. Die Gewerkschaften nehmen den Kampf auf in dem Bewußtsein, daß sie die kulturelle Zukunft der Masse des deutschen Volkes zu verteidigen und zu sichern haben. Die deutsche Wirtschaft kann nur dann vor gefährlichen und tiefstufwühlenden Kämpfen bewahrt werden, wenn die deutschen Unternehmer endlich begreifen, daß nicht die weitere Verelendung der Arbeiter zur Gesundung führt. Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch höhere, zweckvolle Technisierung, energische Ausschaltung aller überflüssigen und verteuerten Glieder in Industrie, Handel und Geldverkehr, durch Beschränkung auf volkswirtschaftlich tragbare Gewinnquoten und durch endliche Preisgabe des durch Krieg und Inflation schädlich überspannten Produktionsapparates, ohne Rücksicht auf die Interessen der einzelnen.

Der Bundesausschuß erwartet, daß die Reichsregierung den von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an sie gerichteten Appell, durch Einwirkung auf die Schlichter und durch Verweigerung von Lohnverhörungen an Arbeiter und Beamte des Staates zur Herabdrückung des Lebenshaltungsniveaus des deutschen Volkes beizutragen, nicht folgt, sondern im Gegenteil den Gewerkschaften in ihren dem Volksganzen dienenden Bestrebungen, jeden staatlichen Schutz und Beistand gewährt.“

### Bürgertum und Gewerkschaftsführer.

In seinem vortrefflichen Buche „Der Sozialismus in der Karikatur“ bringt Friedrich Wendel auch eine Abbildung des „Punch“ aus dem Jahre 1889. Das Bild zeigt einen im Arbeiterheim sich behaglich auf dem Stuhle räkellenden Führer der Trade Union, der einen Arbeiter zum Aushalten im Streik ermuntert. Darauf antwortet ihm der Arbeiter: „Ihr habt gut reden: Haltet durch! Ihr geht ins Restaurant und habt Essen und Trinken in Fülle und Fülle, inwischen verhungern wir.“

Das ist nun schon 60 Jahre her. Der „Punch“, ein Unternehmernviellblatt, war damals das Leitblatt der britischen Geldadbourgeoisie. Den Unternehmern gefiel der genannte „Witz“ des „Punch“ so gut, daß sie diese Nummer in Massenaufgaben aufkauften, um sie unter den Arbeitern zu verteilen.

Der plumpe Witz des bürgerlichen Blattes spiegelt die Anschauung des honetten Bürgertums wider, das seit jeher im Sozialismus und der modernen Gewerkschaftsbewegung nicht den Kampf der Arbeiter um eine höhere Wirtschaftsform, um Kultur und Menschenrecht sieht, sondern den Kampf um den besseren Futurtag, um ein Schlemmertum in faulendem Nichtstun. Diese „gutmüthige Einstellung“ zum Sozialismus und zur Gewerkschaftsbewegung ist verständlich. Sie gehört zur Lebensauffassung des Bürgertums. Desse „Weltanschauung“ besteht im allgemeinen nur im möglichst mühelosen Zusammenraffen von Reichthümern, in der Sucht nach Wohlleben und Müßiggang. Diese naive-egoistische Auffassung setzt es natürlich auch bei der aufstrebenden Arbeiterklasse voraus, weshalb sie auch im Kampfe gegen diese in der Presse des Bürgertums immer wiederkehrt.

Auf dem gleichen schlüpfrigen Sumpfboden ist das Bild des „Punch“ geblieben. Wahrhaftig, schon damals, vor rund 70 Jahren, suchte man die Gewerkschaften in der niedrigsten Weise in ihrer Entwicklung zu stören, indem man ihre Führer verdächtigte, sie seien nichts weiter als Kassenjäger, die sich auf Kosten einer schlau übers Ohr gehauenen Mitgliedschaft ein Wohlleben verschafften. Die Nachweise, was es mit solch einem „Wohlleben“ auf sich habe, daß die Entlohnung der Gewerkschaftsführer recht bescheiden, deren dafür zu leistende Arbeit aber schwer und aufreibend sei, nützte nichts; sie wurden nicht beachtet oder ins Lächerliche verzerrt. Es galt eben, Mißtrauen zwischen Mitgliedern und Führern zu säen. Davon versprach man sich eine Schwächung, wohl gar das Auseinanderlaufen der Bewegung. Man wollte damit bei den Gewerkschaftsmitgliedern die niedrigsten Instinkte wecken, sie mißtraulich und neidisch machen, ihnen die Mitgliedschaft verkettern. Und dieses „edle“ Streben hat sich bis auf den heutigen Tag erhalten. In den schäblichsten Tonarien hat die arbeiterfeindliche Presse das Lied von den „schleimenden und prassenden Arbeiterführern“ gesungen, die die „gläubigen Massen“ über den Löffel barbarieren. Auch heute noch erhofft man von diesem altbewährten Rezept Wunderwirkungen auf naive Arbeitergemüter, um mit solchen niedrigen Mitteln die Arbeiterbewegung zu schwächen zur Freude aller Arbeiterfeinde.

Und die Arbeiter? So weit sie zur Ueberzeugung gereift sind, haben sie stets dies plumpe Getöse ihrer Gegner durchschaut und begriffen. Sie wissen nur zu gut, was der Zweck solcher bürgerlich-journalistischen Stillschaltungen ist. Sie stecken sich nicht beirren, sie stehen zu ihren Führern und diese zu ihnen. Trotz aller gegnerischen Beteuerungen ist ja auch noch kein Gewerkschaftsführer reich geworden . . .

Jedoch bei einem kleinen Teil der Arbeiterchaft hatte die bürgerliche Saat des Mißtrauens gegenüber den Führern der Gewerkschaftsbewegung Wurzel ge-

schlagen; das waren jene Arbeiter, die die bürgerliche Presse lasen und nur mit einem viertel Herzen bei der Arbeiterfrage waren. Sie sahen dieses gefährliche Gift mit Inbrunst ein, solche niedrige Verdächtigungen fanden bei ihnen Anklang. Allerdings mißbilligten und verdächtigten sie damit, soweit sie Mitglieder der Gewerkschaft waren, unter dem Hinweis auf die „schleimenden Führer“ ihre eigene Mitgliedschaft. Sie suchten auch ihre aus der Bürgerpresse gefolgten Anschauungen auf andere Gewerkschaftsmitglieder zu übertragen. In Gesellschaft nörgelt es sich besser, auch läßt sich auf solche Weise ein etwa beabsichtigter „besserer Abgang“ von der lästigen Gewerkschaft ermöglichen. Rüstig deshalb, weil das Beitragszahlen keine Freude macht und der moralische Zwang der Organisationszugehörigkeit mit allen daraus resultierenden Pflichten das süße Nichtstun und Nichtsdenken föhrt. Und so hat denn durch lange Jahrzehnte hindurch dieser Sturm des Mißtrauens am Baume der Arbeiterbewegung gefressen, immer wieder erklang da und dort das alte Lied von den Führern, die sich „von Arbeitergroßen mäßen und gute Tage erleben“. Der Gewerkschaftsbewegung selbst konnte das allerdings keinen ernstlichen Abbruch tun. Sie gebiet trotz dieser „gut-bürgerlichen“ Einstellung der Mißtrauensfäuer und Querulanten.

Warum wir dies schreiben? Um zu zeigen, daß jene Arbeiter, die solcherweise die Gewerkschaften „reinen“ möchten, die die Führer verdächtigen, sie wären nur Führer um persönlichen Vorteil halber, doch im Grunde genommen nur das nachplappern, was ihnen die bürgerliche Presse schon seit einem biblischen Menschenalter vorumft. Sie sind nur die gelehrtigen Schüler der größten Feinde der Arbeiterschaft. Auch wenn sie sich dabei einen „radikalen“ Mantel umhängen — und das tun sie in den heutigen Zeitaltern mit Vorliebe — an allen Ecken grüßt durch das fadenförmige „revolutionäre“ Gerede die gutbürgerliche Einstellung. Sie singen das Lied, das der brave ehrliche „Bund“ schon im Jahre 1859 gesungen hat . . .

Die Arbeiterbewegung selbst läßt sich durch solch Gekschwafel nicht beirren. Ueberzeugte Arbeiter gehen über solche häßlichen Anwürfe genau so zur Tagesordnung über, wie sie für das gleiche Gekreisch in Unternehmertreuen auch nur ein müdebedeutendes Lächeln übrig haben. Sie wissen, was sie ihren Führern schuldig sind. Und diese wissen, daß sie im Dienste der Arbeiterbewegung am besten Reichthümer aufzusammeln können. Das wollen sie auch gar nicht. Sie leidet nur ihre persönliche Ueberzeugung, ihr Streben für die Besserstellung der Arbeiterklasse, für deren Befreiung aus Fron und Knechtschaft. Ein solches Amt ist bornreich und läßt wenig Zeit übrig für frohe Stunden. Ihre Freude und Erholung ist der Erfolg der Bewegung. Sie erfüllen schlicht und recht ihre Pflicht auf dem Posten, auf dem sie das Vertrauen ihrer Gewerkschaftsgenossen berufen hat. Dieses Vertrauen suchen sie zu rechtfertigen durch unermüdliches Streben für das Wohl der Mitglieder.

So soll es sein. Ein gewisses gegenseitiges Verstehen und Vertrauen muß auf beiden Seiten vorhanden sein, dann werden Mitglieder und Führer gleich gut fahren und die Bewegung wird gedeihen zum Verger aller Gegner vom Schläge des „Bund“, jener Journalisten, die im Solde der Arbeiterfeinde schäbige Gemeinheiten gegen die Arbeiterbewegung ausschütten. Aber jene Arbeiter, die gelehrtig solche Gemeinheiten nachplappern und solcherweise ihr eigenes Nest beschmutzen, sollten einmal ernstlich darüber nachdenken, ob es ihrer würdig ist, in der eigenen Arbeiterbewegung mit Anschauungen zu operieren, die sich der brave, gutbürgerliche „Bund“ schon vor 66 Jahren an den Schulsohlen abgelaufen hat.

**Weltmarkt und Lohn.**

Von Paul Fernberg.

(Schluß.)

Es ist sehr beliebt, in Untersuchungen über die Frage, wieviel der Lohn die Konkurrenzfähigkeit beeinflusst, die ganze Debatte abzuwiegen durch den Hinweis, daß mit der Feststellung des Goldlohnes nichts getan sei, sondern die verschiedene Kaufkraft in den einzelnen Ländern berücksichtigt werden müsse. Und dann beginnt das Spiel mit mehr oder weniger brauchbaren Anzeigern. Demgegenüber muß daran erinnert werden, daß der Lohn einen doppelten Charakter hat. Für den Unternehmer ist er Kostenbestandteil, für den Arbeiter Unterhaltsquelle. Will man untersuchen, wie der Arbeiter mit seinem Lohn leben kann, so muß naturgemäß der Lohn herangezogen werden, der ihm für eine gewisse Spanne Zeit zum Leben zur Verfügung steht, und ebenso selbstverständlich ist es alsdann die Kaufkraft dieses Lohnes die das Interesse auf sich zu ziehen hat. Mit anderen Worten: Wird der Lohn als Unterhaltsquelle betrachtet, so muß die Kaufkraft von Wochenlöhnen betrachtet werden, wie das beispielsweise in den folgenden Untersuchungen versucht wird, die das Internationale Arbeitsamt im Anschluß an die amtlichen englischen Vorkarbeiten durchgeführt hat. Ganz anders aber ist zu verfahren, wenn der Lohn als Kostenbestandteil des Unternehmers in seinem

Kampf um Absatzgebiete betrachtet wird. Alsdann kann nur nach dem Goldwert des Lohnes gefragt werden. Der Lohn ist ungleichmäßig in Goldgeld, wie es auf dem Weltmarkt als Wertmaßstab verwendet wird. Zudem ist es in diesem Zusammenhang gleichgültig, wie lange der Arbeiter von dem Lohn leben muß. Es kommt vielmehr nur der Lohn als Entgelt für eine bestimmte Arbeitsleistung in Betracht. Um dessen würden Abfordrungen vorliegen. Da das aber praktisch unmöglich ist, muß man sich mit Stundenlöhnen begnügen. Stundenlöhne in Goldgeld sind also der Gegenstand einer Untersuchung über Lohn und Weltmarkt.

Schon vor dem Kriege hatte der deutsche Unternehmer vor seinen Hauptkonkurrenten einen Vorsprung voraus durch die niedrigen deutschen Löhne. Allerdings stand der Lohn in den meisten slavischen und romanischen Ländern noch tiefer. Aber die in skandinavischen und angelsächsischen Ländern gezahlten Löhne übertrafen die in Deutschland gezahlten im allgemeinen ganz bedeutend. Etwa für 1905 ergab eine sehr sorgfältige Untersuchung des englischen Handelsamtes, daß in der gleichen Zeit für die dem deutschen Arbeiter ein Lohn von 1  $\mathcal{L}$  gezahlt wurde, der englische 1,84, der französische 0,88, der belgische 0,70, der Amerikaner aber 8,28  $\mathcal{L}$  bezahlte. Bis 1914 hatte sich das Verhältnis bereits etwas zuungunsten der Engländer verschoben. Die folgende Uebersicht über Löhne in Deutschland, England und Amerika ergibt im Durchschnitt das Verhältnis von 100 : 113 : 382.

**Der Stundenlohn in Deutschland, England und den Vereinigten Staaten.**

	Stundenlohn 1914			Stundenlohn 1924		
	Deutschland	England	USA	Deutschland	England	USA
Bauarbeiter:						
Maurer.....	0,71	0,84	2,88	118	87	0,86
Zementarbeiter.....	0,71	0,88	2,40	118	88	0,88
Mittelschlichter.....	0,56	0,66	1,25	100	93	0,72
Schlichter.....	0,61	0,83	2,00	135	94	0,77
Schlichter.....	0,68	0,77	2,08	118	91	0,78
Metallarbeiter:						
Wälzlöhner.....	0,68	0,77	2,08	118	91	0,78
Wälzlöhner.....	0,48	0,48	1,60	100	93	0,70
Schlichter.....	0,68	0,77	2,29	114	92	0,80
Schlichter.....				118	93	
Durchschnitt.....						
Bergarbeiter:						
Schichtarbeiter.....	0,78	0,96	—	122	—	0,90
Schichtarbeiter.....	0,47	—	0,97	—	—	0,86
Schichtarbeiter.....	0,64	—	—	—	—	0,92
Schichtarbeiter.....	0,39	—	1,07	—	—	0,66
Schichtarbeiter.....	0,39	—	—	—	—	0,66
Schichtarbeiter.....	0,39	—	—	—	—	0,66
Schichtarbeiter.....	0,39	—	—	—	—	0,66

Vergleicht man die Lage von 1914 mit der vom Oktober 1924, so gewinnt man ein Bild davon, wie sehr sich in der Nachkriegszeit der Lohn zugunsten der Konkurrenzfähigkeit des deutschen Unternehmers verschoben hat. Im Dezember 1924 steht das durchschnittliche Lohnverhältnis für die gleichen Arbeitergruppen in Deutschland, England und Amerika wie 100 : 187 : 579. Das bedeutet für den deutschen Unternehmer eine Entlastung, die alle Mehrbelastung durch gesteigerte Steuer bei weitem aufwiegt.

Am Urteil über die Größe der Summen zu gewinnen, um die die deutschen Unternehmer gegenüber ihrer Mehrbelastung durch Steuern durch niedrige Löhne entlastet sind, sei eine Berechnung an den Vergleich mit England angeknüpft, also mit demjenigen der beiden Hauptkonkurrenten, der die niedrigste Lohnsteigerung aufweist, eine Lohnsteigerung, die zugleich dem allgemeinen Durchschnitt der Länder weiter nahe ungenügend entspricht. Nach den Berechnungen des Board of Trade ist der Stundenlohn in England im Dezember 1924 durchschnittlich auf 200 % des Vorkriegslohnes gestiegen. Der deutsche stand nur auf 122 %. Würde der deutsche Lohn um ebensoviel gestiegen sein, wie der englische, so hätte sich die Lage für den deutschen Unternehmer im Verhältnis zur Vorkriegszeit nicht verändert. Jedes Prozent, das die deutsche Lohnsteigerung gegen die englische zurückgeblieben ist, bedeutet für ihn eine Entlastung in der Höhe von 1 % der Vorkriegslohne. Er ist also im ganzen um eine Summe in Höhe von 78 % des Vorkriegslohnes entlastet. Der Vorkriegslohnstand der germanen Arbeiter stand durchschnittlich auf 66  $\mathcal{L}$ . Eine Erparnis von 78 % bedeutet also für die Arbeitsstunden 50  $\mathcal{L}$  macht auf den Arbeiter in den 2400 Arbeitsstunden des Jahres rund 1200  $\mathcal{M}$ . Auf den ungelerten Arbeiter, dessen Vorkriegslohn durchschnittlich 41  $\mathcal{L}$  betrug, bedeutet es eine Erparnis von 32  $\mathcal{L}$  in der Stunde und 768  $\mathcal{M}$  im Jahre. Auf die 13 Millionen deutscher Arbeiter macht das also eine Ersparnis zwischen 15 und 10 Milliarden Mark. Führt man die gleiche Rechnung für den Vergleich mit Amerika durch, so erhält man noch bedeutend höhere Zahlen. In den Vereinigten Staaten stand im Durchschnitt im März 1924 der Stundenlohn der germanen Arbeiter auf 288 % des Vorkriegslohnes. Von März bis Dezember 1924 ist ein schwaches Steigen der Löhne eingetreten, das hier unberücksichtigt bleiben mag. Im Dezember stand in Deutschland der Stundenlohn der germanen Arbeiter auf 115, der der ungelerten auf 129 % des Vorkriegslohnes. Gegenüber seinem amerikanischen Konkurrenten spart der deutsche Unternehmer also an einem germanen Arbeiter eine Lohnsumme von 114 % des Vorkriegslohnes. Das macht für die Stunde 74  $\mathcal{L}$ , für das Jahr 1778  $\mathcal{M}$ . Die am ungelerten Arbeiter erparnen 109  $\mathcal{L}$  bedeuten in der Stunde 45  $\mathcal{L}$  und im Jahre 1080  $\mathcal{M}$ . Auf 13 Millionen Arbeiter würde das 14 bis 20 Milliarden Mark ausmachen. Auch in den romanischen Ländern die mit ihren Löhnen absolut teilweise recht beträchtlich hinter dem deutschen Lohn zurückblieben, wird im allgemeinen eine höhere Lohnsteigerung als in Deutschland eingetreten sein. Das beweisen die Beispiele von Frankreich und Italien. Auch ihnen gegenüber hatte sich also, soweit der Lohn in Betracht kommt, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Unternehmer zu seinen Gunsten verschoben. Bietet das allerdings noch im Frühjahr 1925 gilt, ob zu dieser Zeit

die deutschen Lohnsteigerungen die der romanischen Länder nicht bereits eingeholt haben, mag dahingestellt sein. Als ein interessantes Beispiel des verschiedenen Lohnstandes mag der Lohn angegeben werden, den nach Mitteilungen von Professor Siegel eine amerikanische Firma für genau die gleiche Arbeit in verschiedenen Ländern Ende Oktober 1924 zahlen mußte: Belgien 1,18 Dollar, Frankreich 1,38 Dollar, Deutschland 1,46 Dollar, England 2,35 Dollar, Vereinigte Staaten 5,60 Dollar. Das würde bedeuten, daß die gleiche Arbeit, die an Lohn in Deutschland 1  $\mathcal{L}$  kostet, in Belgien 81  $\mathcal{S}$ , in Frankreich 93  $\mathcal{S}$ , in England 1,61  $\mathcal{M}$  und in Amerika 3,84  $\mathcal{M}$  kostet. Gegen 1914 würde sich also auch hier nach den mitgeteilten Zahlen eine Verschiebung zugunsten der deutschen Unternehmer ergeben.

Selbstverständlich sind alle hier errechneten Summen nicht als genaue Zahlenangaben zu betrachten, was nun hinsichtlich der Lohn in Deutschland erparnt sei; dazu reichen die ganz verschiedenartigen statistischen Grundlagen nicht aus. Die Zahlen sollen nur einen Anhalt geben zur Beurteilung der Frage, inwiefern durch niedrigen Lohn die besondere Steuerbelastung der deutschen Industrie ausgeglichen ist. Und da zeigen sie ganz unüberlegt, daß die Lohnsteigerung die steuerliche Mehrbelastung ganz bedeutend übertrifft. Das gilt auch heute noch, obgleich seit Dezember 1924 teilweise recht beträchtliche Lohnsteigerungen eingetreten sind. Soweit also die deutsche Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt nicht mehr besteht, muß der Grund noch in einem andern Umfaktoren zu suchen sein. Es bleiben aber nur noch die Herstellungs-kosten, die auf der Organisation und der technischen Einrichtung der Betriebe beruhen und die Gewinne. Spricht man einem deutschen Unternehmer gegenüber von hohen Gewinnen, so wird er stets erklären, von Gewinnen könne gar keine Rede sein. Er sei froh, wenn er die Zinsen für die teuren Kredite aufbringen könne. Das mag in vielen Fällen richtig sein. Aber vom allgemeinen Standpunkt gesehen, stellen gerade die Zinsen ein Kapital, die für die investierten Kapitalien bezahlt werden, die Gewinne aber. Sie müssen aus einem Ueberschuß des Produktionsprozesses gezahlt werden. Der dafür geforderte Ueberschuß ist eben in den deutschen Unternehmen durchschnittlich so hoch angelegt. Hier liegt der eine Grund der drohenden Konkurrenzfähigkeit. Der zweite liegt in veralteter technischer und arbeitsorganisatorischer Einrichtung der Betriebe. Es ist ein offenes Geheimnis, daß hier die deutsche Industrie gegenüber dem Ausland und vor allem gegenüber Amerika unendlich im Rückstand ist. Gewiß trifft das nicht auf alle Industrien und noch weniger auf alle Betriebe zu; aber die Betriebe, die technisch und organisatorisch auf der Höhe sind, haben auch ihre Konkurrenzfähigkeit voll gewahrt.

Angeht es dieser Sachlage wirkt sehr eigenartig die feierliche Erklärung des großen Ausschusses der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, in der es heißt: „Bei solcher Wirtschaftslage ist eine Erhöhung der gesamten Lohnsumme untragbar, und ein Verzicht der Wirtschaft auf die Lohnsteigerung aufzuzwingen, würde für die Gesamtheit unseres Volkes die schon jetzt vorhandenen Gefahren noch steigern. Bedeutet die gesamte Wirtschaft Summen, die in Hunderte von Millionen Reichsmark gehen . . . Aus diesen Gründen füllt sich die deutsche Arbeitgebererschaft verpflichtet, die gesamte Öffentlichkeit, die verantwortlichen Kreise der Gewerkschaften und der Reichsregierung auf die ersten Folgen aufmerksam zu machen, die nach ihrer Ansicht eintreten müssen, wenn das bisherige System staatlichen Lohnzwanges und eines ununterbrochenen Hinaufschraubens der Löhne trotz der feststehenden Wirtschaftsvoraussetzungen beibehalten wird.“

Im Rahmen der Weltwirtschaft gesehen, bedeutet das ununterbrochene Hinaufschrauben der deutschen Löhne nichts anderes als eine Anmaßung an normale Verhältnisse. Will man denn tatsächlich verlangen, daß der deutsche Arbeiter dauernd nicht nur die ganze Erhöhung der öffentlichen Kosten, sondern auch die aus hohem Gewinn und schlechter Organisation erwachsenden Mehrkosten der Produktion dadurch ausgleicht, daß er sich mit Löhnen begnügt, die ihn dort festhalten, wohin ihn Krieg und Kriegsfolgen hinunterdrücken?

**Die geknickte Stinnesmacht.**

Lange Zeit schien es, als sollte die Stabilisierungskrisis am Stinneskongern spurlos vorübergehen. Wo rechts und links schon alles zertrümmert, wo hier und dort selbst große Konzerne zusammenbrachen, litten die Stinnes-Erben doch immer am Ausdehnungsfieber, wohingegen die Vermehrung flüssiger Mittel das allein richtige gewesen wäre. Doch das Unglück reitete schnell; noch ehe man daran gedacht, Kreise der Weltregierung selbst über dem Stinneskongern. Damit wird plötzlich eine Frage von größter Bedeutung auftaucht.

Daß es sich hier um einen ganz Großen handelte, sah man schon an der Finanzierung der ganzen Sanierungs-tätigkeit. Barmat, der nichts anderes gemacht hatte, daß selbst Geld auf Wechsel der Staatsbank entnommen, flog ins Gefängnis. Allerdings bestand ein kleiner Unterschied: Stinnes hatte Gelder in riesigen Summen entzogen und diese, da sie entwertet zurückgekehrt, gefehlt erhalten, während Barmat nur ein paar lumpige Millionen erhielt, die allerdings in Goldmark fakturiert und als solche zurückgekehrt werden mußten. Bei Stinnes rückte der ganze Trock der Autokratie zur Hilfeleistung heran, bei Barmat die Polizei mit Schießjahren und Raistrafwegen aus, um ihn festzunehmen. Die Sitzung der Kommandeure des Finanzkapitals, die in der Reichsbank anlässlich der Stützungsbank stattfand, leitete sogar der Reichsbankpräsident Schacht in eigener Person. Es ist doch ein Unterschied, ob jemand im Verdacht steht, Sozialdemokrat zu sein, wie Barmat, oder ob es sich um einen Nationalheros wie Stinnes handelt. So wird in Deutschland nicht und Schalten verteilt, je nach der Einstellung der betreffenden Person.

Die Kongerene um Stinnes sind für den Außenstehenden ein fast unübersehbares Gemengel aller möglichen Funktionen, Handelsunternehmungen usw. Der Aufbau nach dem Prinzip der verteilten Produktion, also die Auf-

einanderfolge zahlreicher Produktionsstufen vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat innerhalb eines geschlossenen Ganzen ist nur bei der Siemens-Mein-Ebe-Schudert-Union durchgeführt. Dieser Elektromontantoren war aber bereits nach dem Tode Sinnes den Erben mehr oder weniger entfallen. Albert Köpfer, der schon zu Lebzeiten Sinnes bei der Rhein-Ebe-Union tätig war, übernahm hier die Leitung der Montantoren im Kongress der Siemens-Mein-Ebe-Schudert-Union. Die im Weite der Familie noch befindlichen Aktienpapiere der Elektromontantoren sind zum größten Teil als Sicherheit bei den Banken ins Depot gegeben und werden von dort auch nicht mehr zurückgeholt, so daß die Sinnes-Familie hier hinfest als möglicher Faktor ausscheidet. Der Elektromontantoren war deshalb bei der Aktion nicht direkt beteiligt. Die Schwierigkeiten lagen im Privatkongress. Was ist hier an Knäueln und Unternehmungen vereinigt? Von den Kohlen- und Eisenwerken angefangen bis zu den Nittelgütern, Zeitungen, Hotels, Filmbetrieben alles nur noch und Denthere. Von drei Notizenpunkten ging die Zeitung aus: Mülheim-Ruhr, Hamburg und Berlin. Der älteste Sinnes-Sohn, Dr. Edmund Sinnes, fand der Berliner Abteilung der Firma Hugo Sinnes vor. Er, der etwas wissenschaftliche Bildung genossen und auch in sonstigen Dingen anders geartet war, mußte das Feld räumen zugunsten des zweiten Sohnes, Hugo Sinnes, der nicht nur das Wesen, sondern auch die Rücksichtslosigkeit mit dem Vater gemein hat. Von ihm soll nun auch der Privatkongress, im Bunde mit seiner Mutter, Frau Ulrike Hugo Sinnes, zusammengefaßt und geleitet werden. Edmund Sinnes ist aber auch der Firma aus. Neben einer Sachkundigkeit sollen ihm die Automobilinteressen (Vag, Daim, Büding) und die Versicherungsgesellschaften (Nordamerica) überwiegen werden. Inwiefern die Banken allerdings diese Unternehmungen freigeben, steht noch dahin.

Das Bankenfaktum, das die Stützung des Sinneskongresses vorzunehmen unternahm, stellt die größte Kapitalmacht vor, die je zu einer gemeinsamen Aktion zusammentrat. Außer den Berliner Großbanken sind wichtige Privatbankstitute von Wehrst, die Leby, Köpfer (Louis, Jagen), Warburg, Hamburg, Reichsöder - Mendelssohn, Berlin, und andere mit bei der Partie. Außerdem hat die Reichsbank ihre Unterstützung zugesagt. Man will dem Sinneskongress mit einem Kredit in ziemlicher Höhe unter die Arme greifen, ferner sollen die bereits laufenden Kredite verlängert werden. Wenn dies aber geschieht, dann soll der wild wuchernde Baum des kongressen erheblich beschnitten werden. Ferner traten betrauenswürdige Persönlichkeiten in die Kongressleitung ein. Sie kommen in Franz Albert ist ein (Mülheim-Ebe-Union), Paul Scheiberberg (Mein-Ebe-Union) und Hermann (Mülheim-Ebe-Union). Diese gelten zugleich als die Vertrauensleute der Banken.

Die wichtigsten Teile des Privatkongresses sind folgende: Kohlen- und Eisenwerke im Ruhrgebiet; Braunkohlen-, Petroleum- und Delmerete (Riesbeck Montan), Papier und Zellulose (Kopitz A.-G.), Zeitungen und Druckerien usw., Schiffahrt, Mebereien, Ein- und Ausfuhrgegenstände, Hamburg, die Auslandsvertretungen, die fast in allen Weltstädten in Form von Gesellschaften mit beschränkter Haftung bestehen. Die Unternehmungen stellen riesige Sachwerte dar, so daß sie erhebliche Meisterten in sich bergen und nicht die Gefahr besteht, daß die Sinnes Bankrott anmelden müßten, wenn sie eine sofortige Reorganisation in Angriff nehmen.

Wenn dies aber geschehen soll, dann müssen alle überflüssigen Glieder abgetrennt werden. Was hat ein Kongress von der Zweckbestimmung von dem eines Sinnes mit Hotels, Nittelgütern, Filmgesellschaften, Zeitungen, Korrespondenzbüros oder Druckerien, Verlagsgesellschaften zu tun. Wozu braucht er eine Filmgesellschaft? Wohl sind die Rechte über eine Filmgesellschaft gewaltige Mittel, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Es wird interessant sein, zu beobachten, welche Teile dieses Warenkaufes für Sachwerte abgetrennt werden. Aber die Not der Zeit und die zukünftige große Krise wird hier schon genügend aufklären. Auch zwingt die Nationalisierung der Produktion den Kongress zu vereinfachen. Unklar ist aber auch zur Zeit noch, was aus den Bankenbeteiligungen wird, die Sinnes in seinen Besitz zu bringen beabsichtigt. In Betracht kommen hier die Berliner Handelsgesellschaft und der Bremer Bankverein. Selbst diese direkten Finanzquellen vermöchten die Krise nicht auszuhalten.

Eine volkswirtschaftliche Frage wird mit dem Eingreifen der Banken aufgerollt: wie soll das zukünftige Verhältnis zwischen Banken und Industrie sich gestalten? Die überragende Bedeutung des Finanzkapitals im Wirtschaftssystem der Vorkriegszeit war durch den Krieg und die Inflation ins Gegenteil verandelt. Die Industrien waren die Herren der Lage. Es scheint fast, als sollte mit diesem Schritt der Sinneskongress auch das alte Herrschaftsverhältnis der Banken wieder hergestellt werden.

Die Wirtschaftskrise hat einen Wahn der deutschen Kapitalistenwelt vom hohen Sockel wirtschaftlicher Übermacht herabgeholt. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten haben diese Entwürdigung nicht zu dulden. Das Kräfteverhältnis der Nation war durch Krieg und Inflation sehr zugunsten des Großkapitals verschoben worden. Wenn die Krise hier wieder einen Keinen Ausgleich bringt, ist dies zu begrüßen. Die Sinnes scheiden als Industriefremde wahrscheinlich für die Zukunft aus. Doch noch immer ist die Macht des konzentrierten Großkapitals groß genug. Es bedarf energischer Mitlenkung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter- und Angestelltenkräfte, die Übermacht des Großkapitals noch mehr auszugleichen. Hier können nur starke, kapitalistische und innerlich geschlossene Gewerkschaftsverbände helfen. Diese zu schaffen, sollte als Lehre aus dem Fall des Sinneskongresses gezogen werden.

**Tagung des Bundesausschusses des ADGB.**

Am 12. und 13. Juni war der Bundesausschuß des ADGB verammelt, um zunächst zu der an der Spitze dieses Rates getempehnten Denkschrift der Vereinigung der deutschen Arbeiterverbände an die Reichsregierung Stellung zu nehmen. Das Ergebnis war die Annahme der an

Kopfe des „Grundstein“ veröffentlichten Entschloßung. Im nächsten „Grundstein“ werden wir uns noch im besonderen mit dieser famosen Unternehmerrichtschiff beschäftigen. Ferner wurde in der Ausschloßung die Zollvorlage der Reichsregierung einer Wepredung unterzogen. Sie fand einschloßene Ablehnung durch Annahme nachstehender Entschloßung:

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes billigt die Haltung seiner Vertreter im vorläufigen Reichswirtschaftsrat, die in ihrer Stellungnahme zu einem Zolltarif für den Abschluß von Handelsverträgen befreit waren, den Massenverband in Deutschland nicht zu belassen und dem gesloßenen Warenverkehr unter den Wälfen die Wege zu ebnen. Wo bei den Bestimmungen in der Widerberst liegen, haben sie ihren Standpunkt durch ausführliche Erklärungen begründet.

Die nunmehr veröffentlichte keine Zollvorlage der Regierung stellt im Widerspruch zu dem Standpunkt, der von den Vertretern der freien Gewerkschaften im Zollausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates verfocht worden ist. Sie ist unvereinbar mit den Lebensinteressen der großen Volksmassen. Sie geht nicht nur bei einer großen Anzahl industrieller Positionen — Eisenwaren, Holzwaren, Textilien — über die vom Zollausschuß in seinem Gutachten an die Regierung vorgefohlagenen Zollsätze weit hinaus, sie stellt auch ungemessen hohe, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft unmittelbar belastende Agrarzölle vor, Zölle auf Vieh, Fleisch und Woll, besonders aber die Vorkriegszölle auf Wolle als Mindestsätze. Diese Zollvorlage, zum Geß erhoben, würde in ihren Auswirkungen zu einer untragbaren Lebensverletzung der Arbeiterschaft, in weiterer Folge zur Verminderung der Kaufkraft des deutschen Volkes, zur Verdrängung eines aufnahmefähigen Inlandsmarktes, zur Beeinträchtigung der Exportfähigkeit Deutschlands führen.

Außerdem hat die Vereinigung der Deutschen Arbeiterverbände an Regierung und Arbeitsministerium das eindringliche Ersuchen gerichtet, dem Drängen der Arbeiterschaft nach einem Ausgleich ihrer Lebensverletzung mit Entschloßene entgegenzutreten.

Der Ausschluß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erhebt hiermit schärfsten Einspruch gegen eine Wirtschaftspolitik, die auf der einen Seite durch Schutzzölle die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft verteuert, auf der anderen Seite einen Ausgleich in Form von Lohnsenkungen abzuholen müßte.

Er fordert insbesondere Zollfreiheit für alle industriellen Rohstoffe, Halbzeuge und notwendigen Bedarfsgegenstände, ferner für Wolle und alle wichtigen Lebensmittel, besonders Brot und Kartoffeln, Schloßvieh und Fleisch und für alle notwendigen Futtermittel. Er richtet an Regierung, Reichsrat und Reichstag das eindringliche Ersuchen, die Zollvorlage in diesem Sinne umzugestalten und weiterhin Vorsofrage zu treffen, daß in den Handelsverträgen nicht Industriezölle festgesetzt werden, die zur Vertueerung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung führen. Der Aufbau der Wirtschaft in Deutschland erfordert gebieterisch eine Wirtschaftspolitik, die das einzig höchste Gut des deutschen Volkes, die Arbeiterschaft, schützt und stärkt.

Ferner beschloß der Bundesausschuß einstimmig, die Verhandlungen über das gewerkschaftliche Organisationsproblem auszuweichen, um den Vorständen der Verbände Gelegenheit zu geben, die dem Ausschluß unterbreiteten Vorschläge noch einmal zu prüfen. Das endgültige Entscheidung über die Vorlagen wird in der nächsten Bundesausschußtagung vorgenommen werden.

Der Bundesvorstand des ADGB, beauftragt eine Absteuerung für Gewerkschaften zu ertischen. Von der weit überwiegenden Mehrheit der Ausschloßungmitglieder wurde anerkannt, daß durch die Erweiterung des Bundesbureaus nicht nur einem dringenden und häufig empfundnen Mangel abgeholfen wird, es handelt sich hier auch um einen Aufgabenkreis, der wirksam nur von der Bundesleitung in Angriff genommen werden kann. Aus den Verhandlungen ergab sich, daß sich die Delegierten für die aus diesen Gründen notwendige Erhöhung der Bundesbeiträge bei ihren Vorständen einsetzen werden.

Der Ausschluß wandte sich dann der Förderung der Anträge zu, die der Bundesvorstand zur Veränderung der Bundesstatuten eingebracht hat. Teilweise handelt es sich um rein redaktionelle Änderungen; zum Teil um Vorschläge, die eine Vereinfachung der Verwaltung bezwecken. Ueber die vorgefohlagenen Änderungen wird endgültig erst in der nächsten Ausschloßung entschieden werden.

Am Schluß der Tagung beschloß sich der Ausschluß mit einer von der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten eingebrachten Vorlage zur Einrichung eines Sparberkers zunächst im Kreise der Gewerkschaftsmitglieder. Die Vorlage wurde vorläufig zur Kenntnis genommen. — Die nächste Bundesausschußtagung wird am 3. und 4. Juli stattfinden.

**Vom Prager (Telenka-) Verband der tschechloslowakischen Bauarbeiter.**

Seit den bekanntn „Leberausungen“ auf dem Leipziger Verbandstag 1922 ist unsern Kollegen der Name Prager Telenka Vorführer des tschechloslowakischen Bauarbeiterverbandes, näher bekanntgeworden. Telenka ist Kommunist, aber er hat sich schon sehr oft gegen seine Partei zur Wehre setzen müssen, weil sie drauf und dran war, ihm seine gewerkschaftliche Arbeit zu verderben. Ein besonders wertvolles Geständnis war seinerzeit der Brief Telenkas an einen der Angestellten seines Verbandes, namens Slegar, in Pardubitz. Telenka schrieb seinem Kollegen:

Du warst seit jeder hinsichtlich Politik vernünftig genug, aber es scheint mir, daß Du Dich jetzt zu sehr einläßt. Du hast eine Konferenz hinter der anderen, überall wird genug Unruhe hervorgerufen, und die Konsequenzen lassen sich selbstverständlich nicht auf sich warten. Es wird eine Verhöhnung bis zum höchsten Maße einsetzen, die Arbeiterschaft wird dies und jenes fordern, und die Gewerkschaftsorganisationen werden beim besten Willen nicht instande sein, ihnen zu entsprechen, da die wirtschaftlichen Verhältnisse härter sind als politische.

Gerade. — Du bist alt genug, bist Gewerkschafter so wie ich, und danach tuft Du am besten, wenn Du Dich einrichtest.

Damit war zugegeben, daß auch die Kommunisten „sich einrichten“ müssen und nur mit Wasser kochen können. Trotz dieser Erkenntnis hat Telenka immer noch die Freundschaft mit Moskau aufrechtzuerhalten versucht. Er wollte es mit keinem verderben. Schließlich führte seine Politik zum Ausschloß seines Verbandes aus der Bauarbeiter-Internationale. Die rote Gewerkschafts-Internationale glaubte den Telenka-Verband schon zu besitzen. Es kam anders. Die ADGB, hatte die selbständigen Verbände in der tschechloslowakischen aufgefördert, sich dem Internationalen Allgemeinen Gewerkschaftlichen Verband (IAGB), der roten Spitzenorganisation, anzuschließen. Der Widerstand bedeutete gleichzeitig (automatisch) den Verlust der Mitgliedschaft bei der ADGB. Die Zentralleitung des Telenka-Verbandes ist gegen den Anschluß an den IAGB, Entsprechend war auch die Einstellung der Verbandszentrale vor dem kürzlich abgehaltenen Kongress. Ueber die Verhandlungen des Kongresses selbst entnehmen wir dem kommunistischen „Internationalen Bauarbeiter“ folgenden Bericht:

„Das Meistert des Genossen Telenka war gegen den IAGB und gegen die Beschlüsse der ADGB gerichtet. In der Debatte wurde dann, wasgehend auf die Meinung der Zentralleitung, in der schärfsten Art nicht bloß gegen den Anschluß an den IAGB, sondern auch gegen die kommunistische Partei agitiert. Der Vertreter des tschechdeutschen revolutionären Bauarbeiterverbandes, Genosse Gropner, wies vergeblich auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens aller revolutionären Gewerkschaften der tschechloslowakischen hin. Es wurde vergeblich auf ein Telegramm des Internationalen Propagandakomitees der revolutionären Bauarbeiter aufmerksam gemacht, worin die tschechloslowakischen Bauarbeiter an ihre Pflichten erinnert werden. Auch Genosse Hais widersetzte vergeblich alle Bedenken gegen einen Anschluß an den IAGB und brines, daß es dem IAGB nicht darum geht, das Vermögen des Verbandes der Bauarbeiter an sich zu reißen. Vergeblich bot er den Bauarbeitern Garantien, daß die Sektion der Bauarbeiter bei einem Anschluß an den IAGB, ihre Vermögen behalten und selbst verwalten werde. Genosse Rohm, als Vertreter der ADGB, wies auf die Folgen hin, die durch den Widerstand für den Verband der Bauarbeiter entstehen könnten, aber auch seine Warnungen wurden nicht gehört. Bei der Abstimmung stimmten zwar 35 Delegierte für den Anschluß und 34 Delegierte gegen den Anschluß (ein Delegierter enthielt sich der Stimmabgabe). Diese 35 Delegierten vertraten jedoch nur circa 8000 Mitglieder, während die 34 Delegierten, die für die Selbstständigkeit des Verbandes stimmten, circa 9500 Mitglieder vertraten. Damit wurde darüber entschieden, daß sich der Kongress gegen die Beschlüsse der ADGB stellte.“

Die moskautreue Opposition setzte nun noch große Hoffnungen auf die Vorkonferenz ab. Sie reichte eine besondere Kandidatenliste ein und wünschte eine über die Liste entsprechende Vertueerung im Vorstand. Telenka war dagegen, die Kandidatenliste des Vorstandes ging durch und die Opposition erhielt kein Mandat. Diese Niederlage der ADGB wird sie dazu anspornen, ihre unzulänglichen Anfänger zu intensiveren Anstrengungen zu kommandieren. Schon haben auf dem Kongress die kommunistischen Mitglieder erklärt, daß sie sich den Beschlüssen des Verbandstages unterordnen, im Innern des Verbandes jedoch dafür arbeiten werden, daß der Wille der ADGB durchgesetzt werde.“

In den Vorgängen im Telenka-Verband erkennen wir aufs neue, daß zu praktischer Gewerkschaftsarbeit die Kommunisten unzulänglich sind und Gewerkschafter auf die Dauer mit Moskau nicht zusammenarbeiten können.

**Vom russischen Bauarbeiterverband.**

Am Sonnabend, 13. Juni, lasen wir in der „Noten Jahne“, Nr. 132, den nachstehenden Bericht über den russischen Bauarbeiterverband:

Die Mitgliederzahl des russischen Bauarbeiterverbandes betrug am 1. April 1924 213 350, am 1. April 1925 308 817, was einer Erhöhung um 44,7 % entspricht. Mit der Entfaltung der Bauaison ist zu erwarten, daß die Mitgliederzahl des Verbandes bis auf 460 000 bis 500 000 steigt. Der durchschnittliche Tagelohn eines Bauarbeiters beträgt bei achttündiger Arbeitszeit in Vorkriegsrubeln etwa 1,40 Rubel, das sind etwa 70 bis 75 % des Vorkriegslohnes. Das Material aus den einzelnen Gebieten und Kreisen zeigt ein Ansteigen des Arbeitslohnes für das halbe Jahr, von Oktober 1924 bis Februar 1925, um 8 bis 9 %.

Der Verband unterfällt 638 Klubs und 529 Hilfsklubs.

Diese Angaben stimmen mit denen so ziemlich überein, die wir von dem Sekretär der Kommission des Auswärtigen Reiches, W. Jaroczky, Moskau, erhalten haben. Es ist aber nicht uninteressant, aus dem Bericht von Jaroczky der Mitteilung der „Noten Jahne“ noch hinzuzufügen, daß gegenwärtig in Rußland 110 000 Verbandmitglieder des Bauarbeiterverbandes arbeitslos sind. 10 % der Arbeiter seien nicht organisiert. Jaroczky gibt den Tagelohn des russischen Bauarbeiters nicht einheitlich mit 1,40 Rubel an, sondern er schreibt, dieser Lohn schwankt in der 1. Klasse von 6,45 bis 19,48 Rubel. Es muß angenommen werden — nach den Mitteilungen der „Noten Jahne“ —, daß es sich hierbei um Wochenlöhne handelt. Der Durchschnittslohn der 1. Klasse habe im Februar dieses Jahres 13,91 Rubel betragen. In der Mitteilung der „Noten Jahne“ ist nicht klar angegeben, ob es sich um den Vorkriegsnominallohn oder um den Vorkriegsreallohn handelt, den die russischen Bauarbeiter mit etwa 70 bis 75 % jetzt erreicht hätten. Wir wollen in diesem Falle ohne weiteres den Mitteilungen von Jaroczky Glauben schenken, der aus den Reallohn berichtigt. Selbst dann sind aber die heutigen Löhne der russischen Bauarbeiter im Verhältnis zum Vorkriegslohn









